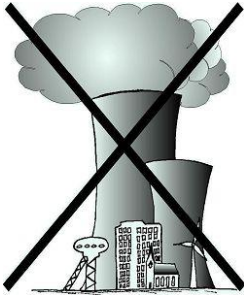


WAHLPRÜFSTEINE 2009



**Arbeitskreis
für Umwelt und Heimat**



**Bürgerinitiative
Kontra-Kohlekraftwerk**



**Bürgerinitiative
Stopt den Landschaftsfraß**

Herausgeber:

Arbeitskreis für Umwelt und Heimat e. V.
Mozartstr. 5, 44534 Lünen

Bürgerinitiative BI - Kontra-Kohle Kraftwerk e. V.
Grenzstrasse 162, 44534 Lünen
www.kontra-kohlekraftwerk.de

Bürgerinitiative Stoppt den Landschaftsfraß
Am Kelmbach 44, 44536 Lünen
www.stoppt-den-landschaftsfrass.de

Verantwortlich:

Manfred Scholz
Thomas Matthèe
Michael Krippes

Arbeitskreis Umwelt und Heimat e.V.
BI - Kontra-Kohle Kraftwerk e. V.
Bürgerinitiative
Stoppt den Landschaftsfraß

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
Vorbemerkung der Parteien	5
Wahlprüfsteine 2009	
Wohnbebauung	9
Gewerbegebiete	16
Verkehr	22
Luftreinhaltung	26
Energiepolitik	38
Bürgerbeteiligung	47

Wahlprüfsteine 2009

Vorbemerkung

Die Herausgeber der „Wahlprüfsteine“ möchten sich vorab bei den Parteien, die den Fragenkatalog beantworten werden, recht herzlich bedanken.

Wir wollen ganz bewusst im Vorfeld der Kommunalwahl 2009 Fragen an die Parteien richten, um für unsere künftige Arbeit im Bereich des Umweltschutzes klare Aussagen zu erhalten.

Erstmals haben wir zur Kommunalwahl 1984 Wahlprüfsteine formuliert. Diese Tradition soll fortgesetzt werden. Der Blick in die Wahlprüfsteine der vergangenen Jahre zeigt, dass viele Problembereiche, die uns heute beschäftigen, schon damals aktuell waren. Klimawandel und andere Umweltprobleme fordern zu entschlossenem Handeln heraus. Deshalb fragen wir erneut politische Grundeinstellungen zu ausgewählten Themen des Umweltschutzes ab. Wir nennen konkrete Maßnahmen und Projekte, zu denen wir Ihr ehrliches NEIN oder JA erwarten. Natürlich geht es in der Politik selten um Schwarz/Weiß-Entscheidungen. Doch wir sehen im Umweltschutz immer weniger die Möglichkeit von Kompromisslösungen. Wir fordern deshalb alle, die in politischer Verantwortung stehen auf, unsere dargelegten umweltpolitischen Ziele zu unterstützen, auf den Weg einer Lösung zu bringen, damit künftige Generationen nicht die Folgen unserer Versäumnisse tragen müssen.

Lünen schrumpft

Schon seit mehreren Jahren ist ein Rückgang der Lünener Bevölkerung festzustellen, auf den wir schon seit längerer Zeit hingewiesen haben. Leider hat man auf unsere Hinweise nicht reagiert, die Siedlungsflächenplanung darauf abzustimmen, sondern in den Planungen sogar ein Bevölkerungswachstum angenommen. Als Grundlage wurde die Einwohnerzahl des Jahres 2000 mit 92.017 Einwohnern genommen. Man nahm an, dass sich die Einwohnerzahl

bis 2015 auf 93.500 erhöhen würde. Aus diesem Grund wurden im Flächennutzungsplan über 80ha Wohnbaufläche ausgewiesen. Die Realität holte die Planungen schnell ein, die Bevölkerung nahm nicht zu sondern bis zum 30.06.2008 ab, und zwar um 3.500 auf 88.488.

Dieser Tatbestand muss planerische Konsequenzen nach sich ziehen, denn mittlerweile hält auch die Bezirksregierung Arnsberg 29,3ha Wohnbaufläche, die im Flächennutzungsplan auszuweisen sind, sogar bis zum Jahr 2025 für ausreichend. Aufgrund der sinkenden Einwohnerzahl und der zunehmenden Alterung der Bevölkerung, sind künftig in größerem Maße Leerstände im Mietwohnungsbau und auch bei Reihen- und Einfamilienhäusern zu erwarten. Wir meinen: Der Bedarf kann künftig, ohne Inanspruchnahme von Freiraum, innerhalb der bestehenden Siedlungsflächen gedeckt werden.

Für den Arbeitskreis für
Umwelt und Heimat e.V.

gez. Manfred Scholz

Für die BI „Stoppt den
Landschaftsfraß“

gez. Michael Krippes

Für die BI „Kontra
Kohlekraftwerk e.V.“

gez. Thomas Matthee

Vorbemerkung der Parteien

Bündnis 90 / Die Grünen

Sehr geehrte Herren,

die von Ihnen vorgelegten Wahlprüfsteine haben wir gerne bearbeitet, bitten aber um Ihr Verständnis, dass wir aus terminlichen Gründen den vorgegebenen Termin nicht ganz einhalten konnten.

Als Anhang zu diesem Schreiben senden wir Ihnen die Wahlprüfsteine beantwortet zurück. Dabei verkennen wir nicht, dass Details, wie z. B. die Reaktivierung der Brachfläche Victoria I/II, weiterer Diskussion und Beratung bedürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Erika Roß

CDU

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Scholz,

wunschgemäß überreichen wir Ihnen die in Zusammenarbeit zwischen der Bürgermeisterkandidatin Frau Annette Droege-Middel, der CDU-Fraktion und dem CDU Stadtverband Lünen erarbeiteten Antworten.

Zur Information überreichen wir Ihnen die Antworten, eine Stellungnahme sowie zwei weitergehende Texte im Anhang.

Politische Entscheidungen sind grundsätzlich keine abwägungsfreien Entscheidungen. Aus diesem Grund sind Ihre Fragen regelmäßig nicht nur mit Ja oder Nein zu beantworten. Wir nehmen uns die Freiheit, unsere Meinung deutlicher zu präzisieren. Sollten Sie unsere Antwort veröffentlichen oder benutzen, bitten wir Sie um korrekte und vollständige Verwendung unserer Antworten, damit keine Sinnentstellung erfolgt.

Die Entwicklung der Einwohnerzahl unserer Heimatstadt Lünen hängt von mehreren Faktoren ab. Neben einem preislich attraktiven Angebot an Mietwohnungen und Flächen für den Eigentumsbau muss dem rückläufigen Trend eine gezielte wirksame Infrastrukturpolitik der Stadt entgegenwirken, die im Bereich der Schulen, Kindertageseinrichtungen, Sport und Kultur ein für den Bürger interessantes und vor allen Dingen vielfältiges Angebot zur Verfügung stellt.

Dieser für die Kommune hohe finanzielle Aufwand kann nur dadurch erbracht werden, dass sie eine sinnvolle und nachhaltige Gewerbe- und Industrie- sowie Wohnraumpolitik verwirklicht. Arbeitsplätze in allen qualitativen Facetten sowie Wohnraum, der vom Arbeitnehmer bis zur Führungskraft zur Verfügung steht, müssen angeboten werden. Nur so können Einnahmen aus Einkommen- und Gewerbesteuer Lünens notwendige Ausgaben sicherstellen und auf Jahre hinaus eine wertvolle Infrastruktur gewährleisten.

Gleichzeitig ist ein Angebot für junge Menschen erforderlich, die von der Schule oder dem Studium in den Beruf wechseln. Nachholbedarf besteht in Lünen besonders im qualitativen Bereich. Die Wohnraumfläche je Bürger liegt weit unter dem Durchschnitt Nordrhein-Westfalens, der schon unter dem Bundesdurchschnitt liegt, so dass die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Gebiete bei voller Bebauung nicht ausreichen, um diesen Durchschnitt zu erreichen. Deshalb sieht die CDU die Notwendigkeit, den Wohnraumbestand an aktuelle Wohnbedürfnisse anzupassen, besonders im Geschosswohnungsbau. Gleichzeitig soll die Qualität im Wohnumfeld hoch bleiben. Lünen ist eine durchgrünte Stadt, die – anders als viele Großstädte – ein angenehmes unmittelbares Wohnumfeld bietet (z. B. Hausgärten in den Zechenkolonien).

Der reine Bezug von ausgewiesenen Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan zu den Bevölkerungsprognosen trifft aus Sicht der CDU Lünen nicht den Kern der Problematik. Aus gutem Grund hat eine Kommune Planungshoheit, da sie die örtlichen Verhältnisse auch am besten beurteilen kann.

Unser politisches Handeln ist bestimmt von einem Gleichklang von Wohnen, Arbeiten, Ökologie und guter, attraktiver Daseinsvorsorge für

alle Lüner Bürgerinnen und Bürger. Sinnvolle zukunftsorientierte Entscheidungen gewichten immer alle Bereiche und dürfen nicht von Einzelinteressen geprägt werden.

Der Leitsatz unserer Bürgermeisterin lautet:

Da sein für alle, keinen vergessen!

Danach handeln wir.

Statt Partei

Sehr geehrter Herr Scholz,

als Anlage die Antworten zu den Wahlprüfsteine 2009.

Ich konnte einige Fragen nicht mit Ja oder nein beantworten. Für weitere Fragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Ihr
Dieter God
MdR

Unabhängige Wählergemeinschaft

Hallo Manfred, hallo Thomas,
in der Anlage findet Ihr die Antworten der UWG-Lünen bzgl. Eurer Wahlprüfsteine. Wir haben uns die Antworten nicht leicht gemacht und viele Fragen auch kontrovers diskutiert. Mitunter war es schwierig, nur mit "JA" oder "NEIN" zu antworten, wir haben dann versucht, unsere Antwort entsprechend zu "begründen".

Mit freundlichen Grüßen aus Lünen

Unabhängige Wählergemeinschaft Lünen
Bernd Lüger
Hönninghauser Str. 2a
44536 Lünen

FDP

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach reiflicher Prüfung Ihrer Fragen sieht sich die FDP Lünen außerstande diese Fragen -wie von Ihnen gewünscht- nur mit ja oder nein zu beantworten. Zum Teil wären bei einigen Fragen Erläuterungen notwendig, die ohne eine solche Erklärung missverstanden werden können oder mögliche Entwicklungen in den nächsten Jahren werden völlig außer Acht lassen.

Für eine öffentliche Diskussion stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. N. Katte
Vorsitzender der FDP Lünen

DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Scholz,

namens u. im Auftrag der DIE LINKE – Kreisverband Unna u. OV Lünen Selm Werne, teile ich Ihnen mit, dass wir alle Fragen einstimmig mit JA beantworten!!!

Auf gute Zusammenarbeit

Jürgen Plenge
Mitglied Kreisverband
Beisitzer OV Lünen Selm Werne

Anmerkung der Herausgeber

Die Reihenfolge der Antworten der einzelnen Parteien und Wählergemeinschaften sind nach Eingangsdatum der Antworten festgelegt worden.

Wohnbebauung

Die im Flächennutzungsplan der Stadt Lünen für den Wohnungsbau ausgewiesenen Reserveflächen von ca. 70 ha sind angesichts der stark zurückgehenden Einwohnerzahlen (seit 2000 Abnahme um 3500 Einwohner) bei weitem zu groß.

Sollte keine wesentliche Reduzierung der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Wohnbauflächen erfolgen, sind eine ungeordnete Stadtentwicklung und eine schlechte Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen vorprogrammiert.

Die Bezirksregierung Arnsberg hält einen Flächenbedarf von 29,3 ha bis zum Jahr 2025 für ausreichend, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. Vor dem Hintergrund schon bestehender Planrechte (siehe Verwaltungsvorlage vom 28.10.2008) für 24,2ha ist die Neuausweisung von Wohnbauland in absehbarer Zeit schon rein rechnerisch nicht notwendig. Auf eine weitere Bebauung von Freiraum kann deswegen verzichtet werden.

Frage 1: Sind Sie bereit, die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Wohnbaugebiete dem tatsächlichen Bedarf anzupassen?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Ja, unter Berücksichtigung der in den Vorbemerkungen genannten Kriterien, dies kann bei Aufgabe von Flächen auch zusätzliche Ausweisungen bedeuten. Der Gebietsentwicklungsplan sieht ungefähr eine im doppelten Umfang ausgewiesene Wohnbaufläche vor als der Flächennutzungsplan. Wir weisen darauf hin, dass nicht jede Ausweisung im FNP zwangsläufig zur Entwicklung führt, sondern der Rat jede einzelne Ausweisung neuer Wohnbauflächen durch

Beschlüsse zur Aufstellung von Bebauungsplänen mit neuem Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren verabschiedet.

Statt Partei

Eine Überprüfung nach der neuen Bevölkerungszahl ist dringend notwendig.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Ja. Die Fragesteller übersehen, dass der Wohnflächenbedarf nicht alleine durch die Bevölkerungsentwicklung bestimmt wird, sondern auch und mit gegenläufiger Wirkung vor allem durch die Tatsachen, dass der Wohnflächenbedarf pro Kopf steigt und die Anzahl der Ein-Personenhaushalte aufgrund der Demographie zunimmt.

Im Übrigen hat der Ausschuss für Stadtentwicklung mehrheitlich im Rahmen des Handlungskonzepts Wohnen beschlossen, die Wohnbauflächenentwicklung prioritär auf vier Flächen zu konzentrieren. Alle anderen Flächen werden vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen auf den Prüfstand gestellt.

Allein die Darstellung von Flächen im FNP führt nicht zwangsläufig zur Inanspruchnahme. Eine quantitative Darstellung über den Bedarf hinaus kann andererseits aber planerische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen, trägt unterschiedlichen Verfügbarkeiten Rechnung und kann tendenziell zur Preisdämpfung beitragen. Insofern erscheint ein verbindliches, handlungsorientiertes Flächenentwicklungskonzept als geeignetes Mittel zur bedarfsgerechten Wohnbauflächenpolitik.

Somit wird aus unserer Sicht dem tatsächlichen Bedarf Rechnung getragen.

Frage 2: Sind Sie bereit, auf die Bebauung des ökologisch bedeutsamen und für die Naherholung wichtigen Bereiches Laakstraße zu verzichten?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Nein, es besteht ein Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan. Absicht ist es, Naherholung im unmittelbaren Wohnumfeld mit hoch qualifizierter Wohnbebauung zu vereinbaren. Lünen benötigt für Personen mit gehobenen Wohnansprüchen unbedingt Angebote. Die Naherholung wird erst durch die vorgesehene Entwicklung ermöglicht. Vergleichbare Projekte gibt es in Lünen nicht. Das vorgeschaltete freiwillige Umlegungsverfahren ist nach mehreren Jahren erfolgreich durchgeführt.

Statt Partei

Dieses Baugebiet ist ausgewiesen. Möchten Sie die Kosten tragen?

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Die Entwicklung eines hochwertigen Wohnstandortes im Bereich Laakstraße stellt einen wichtigen Beitrag zur Attraktivierung des Wohnungsmarktes in Lünen dar. Im Rahmen des Planungsprozesses, der eingeleitet ist, wird den Belangen des Naturschutzes gebührend Rechnung getragen. Im Sinne der Naherholung wird mit Öffnung und damit Nutzbarmachung des Bereiches für die Naherholung eine Optimierung erreicht.

Frage 3: Sind Sie bereit, eine weitere Zersiedlung im Außenbereich der Stadt Lünen zu verhindern, indem man z.B. auf die Anwendung sog. Außenbereichssatzungen verzichtet?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Außenbereichssatzungen dienen der geordneten Besiedlung von Wohnbereichsflächen, bei denen bereits Wohnbebauung vorhanden ist. Dieses gesetzliche Instrument wird nur im Einzelfall und dann sehr behutsam eingesetzt. Zurzeit ist keine weitere Fläche in Planung.

Statt Partei

Das sollte erneut überprüft werden.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Der Zersiedelung im Außenbereich Einhalt zu gebieten, ist eine zentrale Zielsetzung der Lünen Stadtentwicklungspolitik. Dabei erscheint das Instrument der Satzung gem. § 35 BauGB dienlich. Die zwei in Lünen vorhandenen Satzungen regeln klar und verbindlich die zukünftigen Entwicklungsspielräume von vorhandenen Wohnnutzungsansätzen in nicht landwirtschaftlich geprägten Bereichen und bleiben dabei hinter dem zurück, was ohne Satzung an Baurechten hätte erwirkt werden können. Insofern sollte die Anwendung von § 35siger Satzungen auch zukünftig ein mögliches Steuerungsinstrument gegen Zersiedelung bleiben.

Frage 4: Sind Sie bereit, Bebauungspläne ausschließlich nur noch für Umplanungen von bereits baulich genutzten Flächen (Sportplätzen, ehem. Heizwerk u.a.) aufzustellen?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Nein, unter Berücksichtigung der Vorbemerkung.

Statt Partei

Hier sollte man nach dem Bedarf entscheiden.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Nein, (grundsätzlich sollen sehr begründete Ausnahmen möglich bleiben)

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Nein. Der Schwerpunkt der planerischen Entwicklungsprojekte wird zukünftig im Innenbereich und dabei hauptsächlich auf „vernutzten“ Flächen stattfinden. Allerdings kann es im Einzelfall sowohl sinnvoll sein, auf eine bauliche Wiedernutzung einer Brachfläche bewusst zu verzichten, als auch eine bauliche Entwicklung auf einer bisher (baulich) ungenutzten Fläche zu betreiben. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings streng zu limitieren.

Gewerbegebiete

Frage 5: **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass kein neues Gewerbegebiet im Freiraum von Lünen ausgewiesen wird, sondern nur bestehende Flächen genutzt werden?**

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja, neue Gewerbegebiete sollten interkommunal auf vernutzten Flächen entwickelt werden.

CDU

Nein, da primäres Ziel eine wohnverträgliche Ansiedlungspolitik ist und bestehende Flächen bereits zum größten Teil genutzt sind.

Statt Partei

Kann ich nicht mit Nein und auch nicht mit Ja beantworten. Eine erneute Überprüfung sollte bei jedem Plan durchgeführt werden.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja.

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Ja unter der Voraussetzung, dass wir marktgerechte Gewerbeflächen in ausreichendem Umfang rechtzeitig zur Verfügung haben.

Das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Lünen sieht vor, mit der Fläche Groppenbruch eine interkommunale Entwicklung auf einer Fläche zu betreiben, die in Teilen vernutzt, in Teilen aufgeräumte Agrarlandschaft ist. Das Konzept ist sukzessive bedarfsgerecht und ohne allzu große Vorlaufkosten zu realisieren. Darüber hinaus wird für einen überschaubaren Zeitraum kein Bedarf für eine Inanspruchnahme von Freiraum gesehen.

Frage 6: Sind die folgenden Natur- und Landschaftsschutzgebiete für Sie Tabu-Flächen, die keinesfalls wieder in die Gewerbeflächen Diskussion eingebracht werden dürfen?

- a. Brechtener Niederung
 - b. Mühlenbachtal
 - c. Welschenkamp
 - d. Wethmarheide-Ost
-

Bündnis 90 / Die Grünen

Zu 6a bis 6d. **Ja.**

CDU

Für uns bestehen keine Tabus, wir arbeiten mit rationalen Erwägungen, was im Einzelfall zu einem differenzierten Abwägungsprozess führt. Denkverbote sind aus Sicht der CDU nicht demokratisch und auch einer positiven Entwicklung einer Stadt nicht förderlich.

Statt Partei

Zu 6a bis 6d. Eine Überprüfung ist hier dringend notwendig. Sollten wir die Entscheidungsträger sein, werden wir bemüht sein, dies umgehend wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Zu 6a bis 6d. **Ja.**

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Es gibt keine Tabuflächen, sondern die Notwendigkeit eines Abwägungsprozesses, in dem alle Belange eingestellt und gegen und untereinander gerecht abgewogen werden müssen. Als Ergebnis des Abwägungsprozesses gibt dann jeweils ein „Ja“ oder ein „Nein“.

Frage 7: Sind Sie mit uns der Meinung, dass der Reaktivierung der großen Brachfläche Victoria I/II höchste Priorität zukommt, da sie durch die Zwoller Allee schon seit ca. 20 Jahren erschlossen wurde?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja.

CDU

Nein, die Fläche liegt nicht besonders verkehrsgünstig und ist durch Altlasten geprägt. Versuche der Flächenmobilisierung seit Schließung der Zeche führten nicht zu umsetzbaren Ergebnissen. Teilflächen können jedoch für die unterschiedlichsten Nutzungen in die Überlegungen aufgenommen werden, wobei dies von der Schaffung von Ausgleichsflächen über Wohn-/Mischgebiet bis hin zur Ansiedlung nicht störender Gewerbebetriebe reicht.

Statt Partei

Hier kann ich ein JA sagen.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja.

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja, (jedoch nicht ausschließlich als Gewerbegebiet)

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Nein. Die Potentialanalyse vom empirica aus dem Jahr 2005 hat deutlich gemacht, dass es derzeit kein funktional und wirtschaftlich sinnvolles Nutzungskonzept für die Gesamtfläche gibt. Neben einer Nutzung von kleineren Teilflächen für Wohnungsbau und Gewerbenutzungen (insb. Verlagerungsbedarf) soll der Hauptteil der Fläche einer naturnahen (Zwischen-)Nutzung überlassen bleiben und stellt damit einen langfristigen Entwicklungsraum dar.

Frage 8: Werden Sie nach der Kommunalwahl die Beteiligung an der Gewerbeflächenentwicklung „New Park“ in den Rieselfeldern von Datteln wieder rückgängig machen?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja, wir lehnen die Beteiligung vollständig ab.

CDU

Nein, dort können in erheblichem Umfang Arbeitsplätze auch für Lüner Bürger entstehen und Wohnungsnachfragen auch in Lünen ausgelöst werden. Der NewPark bietet zusätzlich eine Chance für hier ansässige Betriebe (Handwerk, Dienstleistung).

Statt Partei

Hier kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht JA oder Nein sagen.

Unabhängige Wählergemeinschaft
Nein

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Nein

Verkehr

Die Verkehrssituation in Lünen ist – wie in anderen Städten auch – zu den Stoßzeiten sehr belastend. Die Lösung kann nicht der Neubau von Straßen sein, sondern muss in der Ertüchtigung und dem notfalls erforderlichen Ausbau des vorhandenen Straßennetzes liegen. Dazu gehört eine qualifizierte und systematische Verkehrsplanung.

Frage 9: Sind Sie der Meinung, dass Lünen keine neuen Straßen benötigt, sondern die vorhandenen durch Ertüchtigung und gegebenenfalls Ausbau optimiert werden sollten?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Verkehrsprämisse:

Eine erhebliche Entlastung der Verkehre ergibt sich zusätzlich durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze direkt vor Ort. Die immense Zahl der Auspendler in Lünen muss langfristig gesenkt werden.

Die beschlossenen Ausbaumaßnahmen werden zeigen, inwieweit es weitere Bedarfe geben wird. Im Übrigen ist auch der neue Nordtunnel am Preußenbahnhof eine Umgehungsstraße.

Statt Partei

Wir benötigen eine größere Umgebungsstraße. Insbesondere der weitere Ausbau der B236n ist sehr wichtig. Hier wäre eine Tunnellösung eine Möglichkeit den Verkehr aus der Stadt zu nehmen.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja, aber es kommt auf den Einzelfall an.

GFL Gemeinsam für Lünen

Zum aktuellen Zeitpunkt von uns nicht zu beantworten (da das akt. GFL Verkehrskonzept in Arbeit ist)

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Ja. Es ist grundsätzlich richtig und auch unsere Position, dass wir der Ertüchtigung vorhandenen Straßenraumes sowie der Optimierung verkehrsregelnder Einrichtungen den Vorzug vor dem Neubau von Straßen geben. Beispielhaft seien hier die bereits erfolgten Erneuerungen der Cappenberger Straße und der Münsterstraße, die andauernde Ertüchtigung der Alstedder Straße sowie die in den nächsten Jahren bevorstehende Erneuerung der Wehrenboldstraße genannt. Vielfältige, von uns initiierte und geforderte Optimierungen, wie etwa die Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen (Kupferstraße - bereits realisiert, Cappenberger Straße/Wehrenboldstraße, Brambauer Straße) haben bereits oder werden dazu beitragen, den Verkehrsfluss auf den betroffenen Straßen zu verbessern. Dieser ist in Lünen übrigens bei weitem nicht so schlecht wie er "geredet" wird. Wir konstatieren gerne eine nicht zufrieden stellende Situation zu den Verkehrsspitzenzeiten. Daran muss auch gearbeitet werden, jedoch sind die verkehrlichen Abläufe über den weitaus größten Zeitraum eines Tages in Ordnung. Die von der Verwaltung in Auftrag gegebene gutachterliche Untersuchung zur Optimierung der "grünen Welle" auf dem Stadtring (Viktoriastraße, Kurt-Schumacher-Straße, Konrad-Adenauer-Straße) wird nach Umsetzung der Ergebnisse sicherlich auch auf dieser Route zu einer Optimierung beitragen.

Trotzdem kann man in den nächsten Jahrzehnten nicht neue Straßen ausschließen, aber vorerst sind keine neuen Straßen, die über die bisherigen Planungen hinaus gehen, beabsichtigt.

Die in den entsprechenden Plänen vorgesehene Verlängerung der Zwoller Allee bis zur Preußenstraße würde ein bedeutsames Naherholungsgebiet durchschneiden und vor allem die Preußenstraße mit zusätzlichem Verkehr übermäßig belasten.

Frage 10: Werden Sie die Planungen zur Verlängerung der Zwoller Allee nicht weiter verfolgen?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Ja. Aktuelle Planungen sind uns nicht bekannt, werden von uns auch nicht verfolgt.

Statt Partei

Die Verlängerung für die südlichen Stadtteile wäre hier dringend notwendig. Eine geeignete Planung nach dem Umweltgedanken wäre hier angezeigt.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Nein

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Im Zusammenhang mit dem Autobahnvollanschluss in Lünen-Süd sowie dem Neubau der Bahnunterführung wird die Attraktivität dieses Verkehrspunktes an Bedeutung gewinnen. Verkehrsströme innerhalb des Stadtgebietes werden sich neu aufteilen. Durchgangsverkehre werden sich, soweit sie nicht durch beschränkende Regelungen daran gehindert werden, neu und ggf. auch in diese Richtung orientieren.

Die Frage der Fortführung der Zwoller Allee darf deshalb nicht isoliert und nur bezogen auf die möglichen Auswirkungen auf die Preußenstraße betrachtet werden. Eine solche Fortführung müsste durch intelligente verkehrslenkende Maßnahmen begleitet werden, die eine Überlastung und Benachteiligung einzelner Strecken weitestgehend ausschließen bzw. die aufkommenden Lasten gleichmäßig auf den vorhandenen Straßenraum verteilen.

Das in der Fragestellung benannte Naherholungsgebiet (Landesgarten-schau, Horstmarer See) würde durch eine Fortführung der Zwoller Allee lediglich am äußerst östlichen Rand tangiert. Auch hier wären im Falle der Fortführung geeignete Maßnahmen zu einem größtmöglichen Schutz der Erholungssuchenden zu ergreifen. Vor diesem Hintergrund darf die Fortführung der Zwoller Allee kein absolutes Tabu sein, wenn sie im Zuge der Entwicklung z. B. des Autobahnvollanschlusses, unter Berücksichtigung aller verkehrlichen Notwendigkeiten notwendig erscheint und auch die finanziellen Belastungen kalkuliert und finanzierbar sind.

Luftreinhaltung

Lünen ist inzwischen zu einem der bedeutendsten Standorte der Kreislaufwirtschaft in Europa geworden. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Luftbelastung. Hier gilt es durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, dass es nicht, wie geschehen, zu Überschreitungen der Schadstoffgrenzwerte kommt. Dies kann nur durch eine kontinuierliche Messung aller Schadstoffe erreicht werden.

Bisher wurden in den beiden vorhandenen Messstationen nicht alle relevanten Schadstoffe durchgängig gemessen. Angesichts dieser Tatsache sind unserer Ansicht nach zusätzliche Messstationen erforderlich.

Frage 11: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Alstedde dauerhaft eine Messstation erhalten bleibt?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Die Zuständigkeit bezüglich dieser Fragen liegt bei der Bezirksregierung und dem Land NRW. Eine umfangreiche Stellungnahme dazu liegt Ihnen über Herrn Krippes seitens des LANUV mit Datum vom 12.02.2009 vor.

Statt Partei

Hier kann ich mit Ja beantworten.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Nach der Inbetriebnahme des Trianel Kraftwerkes werden sicherlich Messungen in Alstedde und evtl. an anderen Standorten durchgeführt werden. Es ist dann zu entscheiden, ob ein zusätzlicher oder veränderter Standort für Luftmessungen entstehen muss.

Frage 12: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das bisherige Messspektrum um folgende wichtige Messuntersuchungen erweitert wird?

- a) Dioxin/Furan
 - b) Polychlorierte aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK)
 - c) Feinstaub (PM 2,5)
 - d) Ozon
 - e) Quecksilber
-

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Die Zuständigkeit bezüglich dieser Fragen liegt bei der Bezirksregierung und dem Land NRW. Eine umfangreiche Stellungnahme dazu liegt Ihnen über Herrn Krippes seitens des LANUV mit Datum vom 12.02.2009 vor.

Statt Partei

Hier kann ich auch mit **Ja** beantworten. Einen Hinweis meiner Seits, dass so viel wie möglich zu messen ist, was möglich ist. Man sollte aber auch ein gewisses Maß setzen.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Als Industriestandort, der wir in Lünen waren und zu dem wir heute noch stehen, werden wir uns an die rechtlichen Vorgaben der Messverfahren halten. Wenn diese Messungen auch vorgeschrieben sind – oder es Gründe gibt, Messungen vorzunehmen - werden wir uns dafür natürlich einsetzen.

Frage 13: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Erweiterungsabsichten der Firma Norddeutsche Affinerie AG (AURUBIS AG) solange ausgesetzt werden, bis dass das Emissionsminderungsprogramm zur Verminderung der Emissionen geführt hat?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Nein, weil die vereinbarten Emissionsminderungsmaßnahmen sowie das Erweiterungsvorhaben K-Plus sowohl der Standortsicherung als auch weiterer Emissionsminderung dienen. Im Übrigen besteht auch hier die Zuständigkeit der Bezirksregierung, die nach Recht und Gesetz zu entscheiden hat.

Statt Partei

Hier kann bzw. sollte nachdem die Angaben vorliegen eine Entscheidung getroffen werden. Natürlich muss man auch sehen, dass dort schon seit Jahren eine Industrieanlage liegt.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Nein. Wir werden bei der AURUBIS darauf drängen, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden und die geplanten Emissions-minderungsmaßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden. Wir sind aber auch bereit, einen entsprechenden Zeitraum für die Erreichung der Grenzwerte einzugestehen. Hierbei müssen die Emissionen aber weiterhin überprüft und die Maßnahmen auf ihren Erfolg geprüft werden.

Frage 14: Werden Sie Änderungen in den bestehenden Betriebsabläufen von emittierenden Betrieben (z.B. Remondis) nur dann zustimmen, wenn dadurch eine erhebliche Verminderung der Schadstoffbelastung erreicht werden kann?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja, sofern möglich

CDU

Die Zuständigkeit liegt bei der Bezirksregierung. Abzugebende Wertungen im Zuge der entsprechenden gesetzlichen Genehmigungsverfahren sind immer eine Frage des Einzelfalls. Was ist erheblich? Was ist maßgebend?

Statt Partei

Hier kann ich nicht Ja oder Nein sagen

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja, soweit rechtlich möglich und vertretbar

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Es gibt viele Betriebsabläufe, die in Bezug auf Emissionen neutral sind. Diese zu behindern macht keinen Sinn. Die Betriebe müssen bei relevanten Veränderungen eine entsprechende Genehmigung erwirken, bei der die Auswirkungen auf die Umwelt dargelegt und geprüft werden. Wir werden keine Maßnahmen unterstützen, die überzogene Forderungen stellen und, die bestehende Betriebe und wichtige Arbeitsplätze in Lünen in ihrer Existenz gefährden, ohne der Umwelt zu nutzen.

Frage 15: Werden Sie jede sich bietende Chance nutzen, um die Inbetriebnahme des Trianel-Kraftwerkes zu verzögern bzw. zu verhindern?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Nein. Insbesondere verweisen wir auf die Stellungnahme der Bürgermeisterkandidatin und der Ratskandidaten vom 07.03.2009. Siehe Anlage.

Stellungnahme der CDU-Bürgermeisterkandidatin und der CDU-Kandidaten für den Rat der Stadt Lünen zur Entscheidung beim Termin des Klagetermins des BUND gegen den Kraftwerkbaus von Trianel am 5.3.2009

Wir fordern Trianel unabhängig von der Zulässigkeit der Klage und der Klärung dieser Frage vor dem europäischen Gerichtshof auf, die im Verfahren durch das Oberverwaltungsgericht geforderten zusätzlichen Prüfungen vorzulegen. Wir stehen nach wie vor zu dem Kraftwerksbau.

Das Team der Ratskandidaten der CDU-Lünen und die Bürgermeisterkandidatin Annette Droege-Middel hatten im Vorfeld zum Gerichtstermin am 5.3.2009 vor dem Oberverwaltungsgerichtes Münster vereinbart, nicht spontan zum Beschluss Stellung zu beziehen, sondern nach Kenntnis und Einsichtnahme des Beschlusses die Baustelle zu besichtigen und sich dann erst nach intensiver Erläuterung durch den zukünftigen Betreiber vor Ort zu der Entscheidung des OVG zu äußern.

Nach der Besichtigung der Baustelle des Kraftwerkes am 7.3.2009 haben Annette Droege-Middel und die Ratskandidaten den Beschluss und alle Erläuterungen erörtert und dabei folgendes festgestellt:

1. Das Verfahren ist ausgesetzt. Der europäische Gerichtshof muss feststellen, ob die Klage des BUND so zulässig ist.

Den CDU- Kandidaten ist klar, dass es dabei nicht um die Frage geht, ob die Genehmigung durch die Bezirksregierung rechtmäßig ist. Es ist vielmehr zu klären, ob das deutsche Umweltschutzgesetz den europäischen Anforderungen entspricht und überhaupt eine Berechtigung des BUND für eine Klage besteht.

2. Sollte die Klage des BUND nach europäischem Recht überhaupt zulässig sein, müssen - so das Oberverwaltungsgericht in dem Termin - eine zusätzliche Umweltverträglichkeitsprüfung für die FFH-Gebiete und eine Immissionsprognose für die Nahbereiche nachgereicht werden. Diese sind und mussten nach bisheriger Auffassung der Verfahrensbeteiligten nicht gefordert werden und wurden deshalb auch nicht eingereicht.

Außer diesen Punkten wurde nichts bemängelt.

Das Team und Annette Droege-Middel fordern jedoch unabhängig von der Klärung der Zulässigkeit der Klage durch den BUND Trianel auf, die zusätzlich geforderten Gutachten nachzureichen. Seitens Trianel wurde bestätigt, diese Gutachten kurzfristig beibringen zu können.

Die Kandidaten sind nach Rücksprache und intensiver Erkundigung bei Trianel sicher, dass alle Immissionsschutzrichtlinien eingehalten werden und unterstützen nach wie vor den Kraftwerksneubau in Lünen.

Statt Partei

Ich werde nach meinen Möglichkeiten die Chance nutzen, dass hier nach neusten Methoden das Kraftwerk angelegt wird. Leider wurde von Herrn Ungethüm nicht die neue Technologie in Erwägung gezogen. Das der CO₂ Ausstoß vermindert werden kann, insbesondere eine weitere Firma gebaut werden könnte. Es gibt sogar europäische Fördermittel, damit der CO₂ Ausstoß als Kraftstoff genutzt werden kann. Hier sieht man wieder, dass neue Technologie nicht genutzt werden. Daher kann man zu jetzigen Zeitpunkt, das Projekt nur ablehnen bzw. einen Baustopp verhängen. Die entsprechenden Entscheidungsträger der CDU, SPD und auch der Bürgermeister Stodollick sollte hier Ihre Fehler einsehen.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja, soweit dies rechtlich möglich ist.

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Nein

Frage 16: Werden Sie alles in Ihrer Macht stehende tun, damit an der Moltkestraße kein weiteres Kohlekraftwerk von Evonik entsteht?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Hierzu liegt ein Ratsbeschluss vom 15.10.2007 vor. Siehe Anlage.

Ratsbeschluss vom 15.10.2007

Der Rat der Stadt Lünen ist der Auffassung, dass auf dem Gelände des derzeitigen Evonik STEAG Kraftwerkes kein zusätzliches Kohlekraftwerk errichtet werden soll. Diese Auffassung ist dem

Vorstand der Evonik STEAG GmbH durch den Bürgermeister mitzuteilen.

Die Stadt Lünen soll ihre Möglichkeiten und die damit verbundenen finanziellen Risiken extern untersuchen und bewerten lassen.

Sofern ein Antrag der Evonik STEAG GmbH auf Errichtung eines zusätzlichen Kraftwerks eingereicht wird, sollen festgestellte Handlungsmöglichkeiten mit den konkreten Planungen abgestimmt werden.

Statt Partei

Zum jetzigen Zeitpunkt kann Evonik dort bauen, da ein gültiger Plan besteht.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja, soweit dies rechtlich möglich ist.

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Ja. Wir werden im Rahmen der ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ein solches Ansinnen nicht unterstützen.

Das Kraftwerk Evonik nimmt im Emissionskataster des Landesumweltamtes bei fast allen Schadstoffen vorderste Plätze ein. Dies ist darauf zurückzuführen, dass neben Kohle in erheblichem Umfang Industrieabfälle verbrannt werden.

Frage 17: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Verbrennung von Abfällen erheblich eingeschränkt wird?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Uns ist bekannt, dass in früheren Jahren im Rahmen der BSE-Problematik im genehmigten Umfang Tiermehl verbrannt wurde. Derzeit wird im geringen Umfang Klärschlammgranulat eingesetzt, in 2006 1000t und in 2007 6000t (1% der Brennstoffmenge). Da durch den Klärschlammeinsatz auch keine Änderung der Emissionen entsteht, sehen wir keinen Handlungsbedarf.

Statt Partei

Ich frage mich, wo soll der gesamte Abfall entsorgt werden?

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja, soweit dies rechtlich möglich ist.

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Ja. Wenn wir als Kommune die rechtlichen Möglichkeiten haben, können wir uns dies vorstellen. Den ursächlichen Zusammenhang, den Sie vor Ihre Fragestellung setzen, möchten wir nicht so einschätzen.

Energiepolitik

Frage 18: Werden Sie sich dafür einsetzen, die Klimaschutzziele der Bundesrepublik Deutschland, ausgehend vom Basisjahr 1990 bis 2020 um 40% und bis 2050 um 80%, auch als Ziel für Lünen zu übernehmen?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Wir verweisen auf den Vortrag im Rat von Dr. Achim Grunenberg, dem Geschäftsführer der Lüner Stadtwerke. Die Stadt Lünen erreicht deutlich die vorgegebenen Ziele. Lünen übernimmt weiterhin eine Vorreiterrolle, z.B. durch das geplante Hallenbad in Passivbauweise sowie durch den verstärkten Einsatz in der Energiegewinnung durch erneuerbare Energien (Solardächer, Biogasanlage, Offshore-Windanlage).

Statt Partei

Kann ich kein Ja und auch kein Nein sagen. Die Auswirkung der wirtschaftlichen Krise kann man noch nicht voraussehen.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Nein, das ist Bundespolitik!

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Dieses deutschlandweite Ziel ist nur bedingt kommunal betrachtungs-fähig. Dies wurde bei der kürzlich erstellten CO2 Bilanz für den Kreis Unna deutlich. Hierbei gibt es nun mal in Deutschland Gebiete mit einer hohen Verkehrsdichte oder mit Industrie, die für sich betrachtet diese Ziele nicht erreichen werden. Dennoch sollte Lünen versuchen, diese Ziele im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt und verträglich für die Bürger anzustreben. Hierbei helfen auch Projekte wie das zentrale Stadtbad in energiesparender Passivbauweise.

Frage 19: Werden Sie sich dafür einsetzen, für Lünen eine vollständige Energie- und CO2-Bilanz zu erstellen?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Nein, zu hoher Aufwand für zu wenig Effizienz. Wir bevorzugen die tatsächliche Umsetzung von wirksamen Maßnahmen, z.B. an öffentlichen Gebäuden (Solarausstattung Bäder und Schulen, BHKWs = Blockheizkraftwerke).

Statt Partei

Kann ich nur **JA** sagen

Unabhängige Wählergemeinschaft

Nein, ohne ständige Aktualisierung bringt das nichts, die Kosten dafür sind zu hoch!

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja, sofern Aufwand und Nutzen in einem vertretbaren Verhältnis stehen

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Ja. Im Rahmen der Bilanz des Kreises Unna sind bereits viele Daten erhoben worden. Ob es sinnvoll ist, weitere Daten zu erheben, müsste geprüft werden. Wichtiger sollte es für alle Beteiligten in der Stadt sein, Maßnahmen zu entwickeln, die es ermöglichen CO2 einzusparen. Dann sollte die Bilanz des Kreises in einem angemessenen Abstand wiederholt werden, um festzustellen, inwieweit die Situation sich verändert hat und die angestrebten Ziele erreicht wurden.

Frage 20: Sind Sie bereit, auf der Grundlage einer CO2-Bilanz einen Plan zur Minderung von Treibhausgasen und einen Maßnahmenkatalog einschließlich der Zeitpläne zur Umsetzung erstellen zu lassen?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja, wenn die Bilanz vorliegt

CDU

Nein, zu hoher Aufwand für zu wenig Effizienz. Wir bevorzugen die tatsächliche Umsetzung von wirksamen Maßnahmen, z.B. an öffentlichen Gebäuden (Solarausstattung Bäder und Schulen, BHKWs = Blockheizkraftwerke).

Statt Partei

Kann ich auch nur JA sagen.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Nein (siehe 19)!

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja, sofern Aufwand und Nutzen in einem vertretbaren Verhältnis stehen.

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Grundsätzlich ja – innerhalb der kommunalen Zuständigkeit.

Für uns ist die Kernenergie eine Sackgasse. Der Ausstieg ist durch ein Bundesgesetz geregelt.

Frage 21: Sind Sie bereit, die Geschäftspolitik der Lünen Stadtwerke dahingehend auszurichten, dass diese – bis auf das von der Leipziger Strombörse vorgegebene unabdingbare Maß – langfristig keinen Kernenergie-Strom mehr einkaufen (der Anteil beträgt z.Z. nach Angabe der Stadtwerke 19%)?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Wir verweisen auf die Antworten zu 18,19,20.

Statt Partei

Kann ich nicht Nein und auch nicht Ja sagen. Die Leipziger Strombörse sollte aufgelöst werden.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Nein

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Ja.

Frage 22: Sind Sie bereit, sich für eine konsequente Einführung einer dezentralen Energieversorgung in Lünen einzusetzen?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Im möglichen Umfang ja (Solardächer, BHKWs in Verbindung mit der Biogasanlage).

Statt Partei

Eine dezentrale Energieversorgung sollte eingeführt werden.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Ja, innerhalb wirtschaftlich vertretbarer Grenzen und des technisch Machbaren. Die konsequente Einführung wird so nicht möglich sein, da Lünen nicht insgesamt von dezentralen Energien versorgt werden kann.

Für uns gehört die Erzeugung von Strom aus Biomasse zu einem nachhaltigen Energiemix. Bei dem Bau solcher Anlagen muss natürlich sichergestellt werden, dass die erzeugte Abwärme auch tatsächlich dazu genutzt wird, den Gesamtanteil an diesem Energieträger in Lünen zu erhöhen und nicht dazu führt, dass andere Erzeuger von Abwärme diese nicht mehr wie bisher in das Wärmenetz der Stadt Lünen einspeisen können.

Frage 23: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass nur unter den genannten Voraussetzungen in Lünen ein Biomasse-Kraftwerk gebaut wird?

Bündnis 90 / Die Grünen

Im Grundsatz Ja, aber die Verbrennung von Sondermüll, wie Bahnschwellen, Strommasten u. ä., tragen wir nicht mit.

CDU

Die Einleitung der Frage 23 bezieht sich auf Biogas. Dazu liegen Beschlüsse des Rates vor. In Lünen existiert bereits ein Biomassekraftwerk. Ein weiteres ist nicht geplant. Die Frage ist nicht schlüssig.

Statt Partei

Hier kann ich nur **Ja** sagen. Ich bin davon überzeugt, dass dies gut für Lünen ist. Bereits bei der Besichtigung der Bio-Anlage im Münsterland war ich dafür, dass so etwas auch in Lünen gebaut werden kann.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Nein

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Grundsätzlich **ja**. Das vorgelegte Konzept der Stadtwerke mit einer zentralen Anlage zur Erzeugung von Biogas und der Nutzung des Biogases in dezentralen Blockheizkraftwerken halten wir für einen wichtigen Baustein, eine effiziente und nachhaltige Energieerzeugung zu gewährleisten.

Frage 24: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine direkte Beteiligung der Bürger (z.B. Geschäftsanteile) an den Stadtwerken ermöglicht wird?

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Nein. Die derzeitige Geschäftsform erweist sich als optimal.

Statt Partei

Hier könnte man die Stadtwerke als Genossenschaftsstadtwerke machen. Jeder Bürger könnte somit Anteile aufkaufen.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Nein. Dies ist ineffizient und im Zweifelsfall zweischneidig, weil sich nur finanziell potente Bürger sich Aktienpakete zulegen könnte; dagegen kann jeder Bürger ohne Rücksicht auf seine privaten finanziellen Verhältnisse diejenige Partei(en) wählen, die tatsächliche Bürgerinteressen vertritt/vertreten.

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Nein

Bürgerbeteiligung

Planungen greifen oft sehr einschneidend in die Lebensumstände von Bürgern ein. In Lünen sind es z.B. die Auflösung von Jugendzentren in den einzelnen Stadtteilen, die Schließung von Hallenbädern u.a.m., vor allem aber auch durch den Bau des Trianel-Kraftwerkes. Bei derartigen bedeutenden Planungen sollten den Bürgern künftig mehr direkte Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden, so wie es z.B. die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen mit dem freiwilligen Bürgerentscheid vorsieht.

Bündnis 90 / Die Grünen

Ja

CDU

Im Einzelfall werden wir auch das Instrument eines freiwilligen Bürgerentscheides anwenden. Die rechtlichen Bedingungen für einen regelrechten Bürgerentscheid sind in der Gemeindeordnung geregelt. Damit ist eine aktive Beteiligung der Bürger in jedem Fall gewährleistet.

Statt Partei

Hier sehe ich eine Möglichkeit der Bürger, sich einzubringen. Man sollte aber in einer öffentlichen Veranstaltung alle negative oder positive Meinungen ausdiskutieren und dann könnte man entscheiden ob eine Befragung oder sogar ein Bürgerentscheid notwendig ist. Auch die Kostenfrage für eine Entscheidung spielt eine Rolle. Aber es hat sich der letzten Zeit gezeigt, dass für alles Geld da ist aber wenn es um die Bürgerbeteiligung geht, das Geld fehlt. Daher kann ich nur immer im Einzelfall entscheiden, ob eine Befragung oder ein Bürgerentscheid gut für die Stadt Lünen ist. Die Mehrheiten im Land NRW bzw. auch die derzeitige Mehrheit hält von diesen Prozessen nichts, daher kann man diese Partei so schnell wie möglich abwählen.

Unabhängige Wählergemeinschaft

Ja

GFL Gemeinsam für Lünen

Ja

DIE LINKE

Ja

FDP

Keine Antwort

SPD

Nein. Die gewählten Ratsvertreter sind für das Wohl aller Bürger in Lünen verantwortlich. Im Rat wird ein Abwägungsprozess erörtert, der schließlich zu einer demokratischen Entscheidung führt. Alle Projekte der Stadtentwicklung haben die Möglichkeit der Einsicht und Einsprüche aller betroffenen Bürger. Damit ist die Bürgerbeteiligung erfüllt.

Die Kosten für ein solches Verfahren stehen in keinem Verhältnis, da wie oben beschrieben, die Bürgerbeteiligung auch anders gewährt bleibt.